



057735/EU XXIV.GP
Eingelangt am 01/08/11

RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

13019/11

(OR. en)

PRESSE 252
PR CO 49

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3107. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 18. Juli 2011

Präsident

Mikołaj Dowgielewicz

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten
(Polen)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

13019/11

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat billigte den Entwurf eines Beschlusses zur Verlängerung der EU-Garantie für Maßnahmen der **Europäischen Investitionsbank** außerhalb der EU. Die Änderungen sehen u.a. vor, dass die Obergrenze für EIB-Finanzierungen für Länder des Mittelmeerraums, die politische Reformen durchführen, um 1 Milliarde Euro aufgestockt wird.*

*Der Rat prüfte ferner das **Arbeitsprogramm** des polnischen Vorsitzes für dessen Amtszeit von Juli bis Dezember 2011.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

REFORM DER SATZUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS.....	6
MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN.....	7
EUROPÄISCHER RAT	8
PROGRAMM DES VORSITZES	9
SONSTIGES	10

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– EU-Garantie für EIB-Außenmaßnahmen	11
--	----

HANDELSPOLITIK

– Australien und Neuseeland - Abkommen über die gegenseitige Anerkennung - Konformitätsbewertung	11
– Antidumping - Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl - China und Malaysia.....	11

BESCHÄFTIGUNG

– Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Österreich	12
---	----

ERNENNUNGEN

– Gericht für den öffentlichen Dienst der EU	12
--	----

SCHRIFTLICHES VERFAHREN

– Haushalt: EU-Solidaritätsfonds für die Tschechische Republik, Slowenien und Kroatien	13
--	----

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Jean DE RUYT

Ständiger Vertreter

Bulgarien:

Konstantin DIMITROV

Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:

Karl SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Lene ESPERSEN

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Deutschland:

Werner HOYER

Staatsminister, Auswärtiges Amt

Estland:

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten

Griechenland:

Mariliza XENOGLIANNAKOPOULOU

Stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:

Diego LÓPEZ GARRIDO

Staatssekretär für die europäische Union

Frankreich:

Jean LEONETTI

Minister für europäische Angelegenheiten

Italien:

Alfredo MANTICA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Zypern:

Andreas MAVROYIANNIS

Ständiger Vertreter

Lettland:

Girts Valdis KRISTOVSKIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:

Audronius AŽUBALIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ungarn:

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Niederlande:

Ben KNAPEN

Minister für europäische Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit

Österreich:

Walter GRAHAMMER

Ständiger Vertreter

Polen:

Mikołaj DOWGIELEWICZ

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Mihnea MOTOC

Ständiger Vertreter

Slowenien:

Rado GENORIO

Ständiger Vertreter

Slowakei:

Mikuláš DZURINDA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und
Außenhandel

Schweden:

Oscar WÄGLUND SÖDERSTRÖM

Staatssekretär im Ministerium für europäische
Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Janusz LEWANDOWSKI

Vizepräsident
Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

REFORM DER SATZUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die vorgeschlagenen Änderungen an der Satzung des Gerichtshofs der EU ([8787/11](#)).

Er beauftragte den Ausschuss der Ständigen Vertreter, die technischen Arbeiten im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Reform im Lichte der Erörterungen zu überwachen, damit er rasch zu einer Einigung gelangen kann.

Die vom Gerichtshof erbetenen Änderungsentwürfe zielen darauf ab, die Effizienz der drei Gerichte, aus denen der Gerichtshof besteht, zu verbessern und die Verfahrensdauer zu begrenzen. Sie betreffen insbesondere die Besetzung der Großen Kammer und die Einrichtung des Amts eines Vizepräsidenten des Gerichtshofs, eine Erhöhung der Zahl der Richter des Gerichts von 27 auf 39 und die Möglichkeit, dem Gericht für den öffentlichen Dienst Richter ad interim beizuordnen.

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Der Rat nahm die Ausführungen der Kommission zu ihren Vorschlägen für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Kenntnis ([12474/11](#) + [12475/11](#)).

Der Vorsitz beabsichtigt, auf einem informellen Ministertreffen am 28. und 29. Juli in Sopot (Polen) einen ersten Gedankenaustausch über den neuen MFR zu führen. Die technischen Arbeiten zu den Vorschlägen werden im Anschluss daran durchgeführt.

Der MFR begrenzt die EU-Ausgaben während eines bestimmten Zeitraums durch Festlegung jährlicher Höchstbeträge für jede Ausgabenrubrik (d.h. Ausgabenkategorie) bei den Verpflichtungen und für die jährlichen Gesamtausgaben bei den Verpflichtungen und Zahlungen. Er erlegt somit der EU eine Haushaltsdisziplin auf und gewährleistet, dass die jährlichen EU-Haushaltssmittel die vereinbarten Obergrenzen nicht überschreiten und dadurch die Annahme des Haushaltsplan jedes Jahr erleichtert wird. Gleichzeitig drückt er die politischen Prioritäten der EU in Zahlen aus.

EUROPÄISCHER RAT

Der Rat zog eine Bilanz der Folgemaßnahmen, die im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 23./24. Juni 2010 ergriffen worden waren ([12842/11](#))

Schwerpunkt der Tagung waren Wirtschaftsfragen, Migration und die Entwicklungen in der südlichen Nachbarregion der EU.

PROGRAMM DES VORSITZES

Der Rat nahm die Ausführungen des polnischen Vorsitzes zu dessen Programm für seine Amtszeit von Juli bis Dezember 2011 zur Kenntnis. Anschließend führte er hierzu einen kurzen Meinungsaustausch.

Der polnische Vorsitz möchte drei Schwerpunkte setzen:

- europäische Integration als Wachstumsfaktor,
- ein sicheres Europa,
- Vorteile der Offenheit für Europa.

SONSTIGES

Der Rat

- wurde von der britischen Delegation über eine internationale Konferenz zur Nutzung und Kontrolle des Cyberspace, die am 1. und 2. November in London stattfinden wird, unterrichtet;
- wurde von der zyprischen Delegation über einen Unfall am 11. Juli auf dem **Marine-stützpunkt Mari** unterrichtet;
- nahm die Bedenken der litauischen Delegation in Bezug auf die Nichtvollstreckung eines **Europäischen Haftbefehls** zur Kenntnis.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

EU-Garantie für EIB-Außenmaßnahmen

Der Rat billigte die Einigung mit dem Europäischen Parlament über einen Beschluss, durch den eine EU-Haushaltsgarantie für die Außenmaßnahmen der Europäischen Investitionsbank verlängert wird, um die restliche Laufzeit des Finanzrahmens 2007–2013 abzudecken.

Einzelheiten siehe [12747/11](#).

HANDELSPOLITIK

Australien und Neuseeland - Abkommen über die gegenseitige Anerkennung - Konformitätsbewertung

Der Rat genehmigte die Unterzeichnung zweier Abkommen:

- zur Änderung des Abkommens zwischen der EU und Australien über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertung, der Bescheinigungen und der Kennzeichnungen und
- zur Änderung des Abkommens zwischen der EU und Neuseeland über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertung.

Die Änderungsabkommen, die die laufenden Abkommen verbessern und vereinfachen sollen, werden zu einem späteren Zeitpunkt nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments abgeschlossen werden.

Antidumping - Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl - China und Malaysia

Der Rat verabschiedete eine Verordnung zur Ausweitung des mit der Verordnung Nr. 91/2009 eingeführten Antidumpingzolls auf die Einführen bestimmter Verbindungselemente aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in China auf aus Malaysia versandte Einführen bestimmter Verbindungs-elemente aus Eisen oder Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse Malaysias angemeldet oder nicht ([12110/11](#)).

BESCHÄFTIGUNG

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung durch Österreich

Der Rat erließ zwei Beschlüsse über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von 9,51 Mio. EUR, mit denen in Österreich entlassene Arbeitnehmer unterstützt werden sollen.

Ein Betrag von 8,28 Mio. EUR wird für Arbeitnehmer im Metall erzeugenden Sektor in der Steiermark und in Niederösterreich bereitgestellt, die infolge des durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Rückgangs der Nachfrage nach Metallen und Metallerzeugnissen entlassen wurden. Weitere 1,22 Mio. EUR werden zur Unterstützung entlassener Arbeitnehmer des österreichischen Unternehmens Austria Technologie & Systemtechnik bereitgestellt, die ihre Arbeitsplätze infolge der Verlagerung der Leiterplattenherstellung in Drittländer im Kontext weitgehender struktureller Veränderungen im Welthandelsgefüge verloren haben.

Der Rat verabschiedete ferner einen Beschluss für die Bereitstellung zusätzlicher 610 000 EUR im Rahmen des EGF für technische Unterstützung, insbesondere Informations- und Überwachungsmaßnahmen, Hilfe bei der Durchführung von Sitzungen von Experten aus den Mitgliedstaaten und von Seminaren über die Ausführung des EGF.

ERNENNUNGEN

Gericht für den öffentlichen Dienst der EU

Der Rat ernannte drei Richter am Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union für den Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2017 ([9003/1/11](#)):

- Herrn René BARENTS
- Herrn Kieran BRADLEY
- Herrn Ezio PERILLO

Dem Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union gehören sieben Richter an, die vom Rat nach Aufforderung zur Bewerbung und nach Eingang der Stellungnahme einer Gruppe von sieben Personen, die aus dem Kreis ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs und des Gerichts der Europäischen Union sowie Juristen von anerkannter Befähigung ausgewählt werden, für einen Zeitraum von sechs Jahren ernannt werden; eine Wiederernennung ist zulässig.

SCHRIFTLICHES VERFAHREN

Haushalt: EU-Solidaritätsfonds für die Tschechische Republik, Slowenien und Kroatien

Der Rat billigte im Wege des schriftlichen Verfahrens, das am 14. Juli abgeschlossen wurde, die Abänderungen des Europäischen Parlaments betreffend die Finanzierung von 19,5 Mio. EUR aus dem EU-Solidaritätsfonds für die Tschechische Republik, Slowenien und Kroatien, die im August und September 2010 Opfer schwerer Überschwemmungen waren¹.

Im Einklang mit dem Standpunkt des Europäischen Parlaments zum Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 für das Haushaltsjahr 2011 verständigte sich der Rat darauf, die überschüssigen Mittel, die in diesem Jahr nicht für die Energievorhaben im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms in Anspruch genommen wurden, zu verwenden, um die Zahlungen für diese drei Länder abzudecken. Weitere 182,4 Mio. EUR aus ungenutzten Mitteln des Europäischen Konjunkturprogramms werden verwendet, um die von der Haushaltsbehörde mit der Verabschiedung des Entwurfs eines Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 für das Haushaltsjahr 2011 eingerichtete Negativreserve zu reduzieren. Ferner werden die Zahlungen für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung um 50 Mio. EUR erhöht.

¹ Die österreichische, die niederländische und die schwedische Delegation stimmten dagegen.